

Kritiker warnen: Fracken bleibt im Norden möglich

KIEL/STERUP Das geplante Fracking-Gesetz der großen Koalition in Berlin stößt in Schleswig-Holstein auf erheblichen Widerstand. Piratenpartei, Grüne und Bürgerinitiativen monieren, dass die umstrittene Methode zum Fördern von Erdgas und Erdöl trotz gegenteiliger Beteuerungen aus Berlin auch künftig im Norden möglich bleibt. „Fakt ist, dass der gestrige Deal die Hochrisikotechnologie Fracking in den hierzulande üblichen konventionellen Gesteinsschichten ausdrücklich erlauben soll“, sagte gestern Piraten-Landtagsfraktionschef Patrick Breyer. Der grüne Möllner Bundestagsabgeordnete Konstantin von Notz sieht es genauso und spricht von einem „Fracking-Erlaubnis-Paket“, das die große Koalition offenbar „im

schungszwecken – und auch nur, wenn das betroffene Bundesland dem zustimmt. Weiterhin erlaubt bleibt dagegen wie berichtet das „konventionelle“ Fracken in Sandstein oder Zechsteinkarbonaten – wenn auch unter strengeren Umweltauflagen als bisher. Bei dieser Methode wird weniger Chemie gebraucht. Allein in Schleswig-Holstein gab es zwischen den 50er- und 90er-Jahren bereits mindestens 62 solcher Frack-Projekte.

Besonders beunruhigt wegen der Berliner Pläne ist die Bürgerinitiative „Angeliter bohren nach“ im Kreis Schleswig-Flensburg. Sie wehrt sich gegen Öl- und Gasförderpläne der norwegischen Firma Central Anglia für ein 182 Quadratkilometer großes Gebiet um Sterup. Zwar sondiert das Un-

Windschatten von Brexit-Abstimmung und Fußball-EM möglichst geräuschlos durchwinken will“. Er fordert „ein echtes Fracking-Verbot“.

In der Tat will die große Koalition am Freitag im Bundestag nur das besonders umstrittene sogenannte „unkonventionelle“ Fracking verbieten. Dabei werden Wasser, Sand und Chemikalien mit hohem Druck in die Erde gepresst, um Schiefergestein aufzubrechen und darin eingeschlossenes Gas oder Öl besser fördern zu können. In Zukunft wird diese Methode untersagt. Eine Ausnahme gilt lediglich für bis zu vier Probebohrungen zu For-

ternehmen bisher nur das Terrain und hat zudem versichert, nicht fracken zu wollen. Doch hält die Bürgerinitiative diese Erklärung weder für rechtsverbindlich noch für glaubhaft. „In dem 3000 Meter tiefen Zechsteinkarbonat, das Central Anglia untersucht, kann man nur mit Fracking fördern“, sagt Initiativensprecherin Ingrid Lohstöter. Und dieses konventionelle Fracking sei kaum weniger gefährlich als unkonventionelles: Auch dabei könnten „tiefe Risse entstehen“, durch die womöglich „giftiges Lagerstättenwasser austritt und das Grund- oder Trinkwasser verseucht“.

bg